

FRAKTION Bündnis 90 /Die Grünen



Für: Stadt Heidelberg
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner

E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de

Rathaus, Marktplatz 10
69117 Heidelberg
Tel: +49 (6221) 58-4717-0

Derek Cofie-Nunoo, Fraktionsvorsitzender
Marilena Geugjes, stellv. Fraktionsvors.
Felix Grädler, stellv. Fraktionsvors.
Dr. Luitgard Nipp-Stolzenburg, stellv. Fraktionsvors.
Christoph Rothfuß, stellv. Fraktionsvors.
Rahel Amler, Anja Gernand, Sahin Karaaslan,
Dr. Dorothea Kaufmann, Dr. Nicolás Lutzmann,
Kathrin Rabus, Dr. Ursula Röper, Julian Sanwald,
Anita Schwitzer, Manuel Steinbrenner, Frank Wetzell

geschaeftsstelle@gruene-fraktion.heidelberg.de
www.gruene-heidelberg.de

Heidelberg, 23.07.2020

Sachantrag zu TOP 17 ö des GR am 23.07.2020: Investitionsprogramm

Die Grüne Gemeinderatsfraktion beantragt:

1. Die Zuwendungsverträge mit den freien Trägern werden um zwei Jahre verlängert; die notwendigen gemeinderätlichen Beschlüsse werden zeitnah nach der Sommerpause eingeholt.
2. Basis für die Förderhöhe ist der Planwert bzw. die Bewilligung für 2020. Es erfolgt keine automatisierte Fortschreibung entsprechend den Tarifsteigerungen. Ab der nächsten Laufzeit erfolgt die Tarifsteigerung wieder automatisch, sofern kein anderer Beschluss erfolgt, also mit dem Zusatz im Vertrag "vorbehaltlich der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel"
3. Ende 2021 wird gemeinsam geprüft, ob infolge der wirtschaftlichen Entwicklung ein Nachsteuern notwendig ist
4. Die Verträge sehen jetzt schon die Möglichkeit einer Haushaltssperre von bis zu 5% vor. Es ist keine Änderung erforderlich. Im Falle einer Haushaltssperre, kann mit den Trägern im Einzelfall verhandelt werden, ob und wie eine Einsparung von bis zu 5% möglich ist. Es sind keine weiteren Beschlüsse oder Kürzungen notwendig.
5. Diese Regelungen finden analog Anwendung auf die mit Bescheiden geförderten Zuwendungsempfänger.

Begründung

Die Zuwendungsverträge wurden fristgerecht gekündigt, um einen Automatismus der Zuschusserhöhung (Anpassung Tarifsteigerung) nicht bereits vor den anstehenden Haushaltsverhandlungen für die Jahre 21/22 festzuschreiben. Diesen Automatismus wollen wir vorläufig für 2021 aussetzen. Weitergehende Sparbeschlüsse halten wir aktuell nicht für angemessen. Der Gemeinderat hat bereits laut den bestehenden Verträgen die Möglichkeit, mit Beschluss des HH 21/22 eine HH-Sperre von bis zu 5% zu erlassen: Dieser Spielraum reicht für den kommenden Haushalt völlig aus und sollte auf keinen Fall überschritten werden. Wir sehen dies aber nur als wirklich letztes Mittel. Zuvor sollen alle Möglichkeiten von Land und Bund und durch Aufschiebung nicht notwendiger Investitionen ausgeschöpft werden.

Eine Kürzung von 10% - auch wenn es davon Ausnahmen geben soll - gefährdet in dieser Dimension soziale oder kulturelle Einrichtungen in ihrer Substanz. Solche Kürzungen können kaum kompensiert werden, ohne bei Personal oder relevanten inhaltlichen Einschränkungen ansetzen zu müssen. Wir lehnen substantielle Kürzungen gerade in diesen Zeiten ab, da wir die betroffenen Einrichtungen für essentiell und damit systemrelevant halten. Wir wollen also keine 10%-Kürzung jetzt - die vertragliche Möglichkeit im HH 21/22 um bis zu 5% zu kürzen reicht völlig und wir setzen darauf, dies nicht ausschöpfen zu müssen.